

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/2691 und 16/2847)

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 28.09.2010

**Endlich den Kurswechsel in der niedersächsischen Europapolitik einleiten: sozial, ökologisch und bürgernah statt bürokratisch, spaltend, vorurteilsbeladen**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2691

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien - Drs. 16/2847

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

EntschlieÙung

**Niedersächsische Europapolitik: realistisch, ausgewogen, konstruktiv, engagiert, bürgernah und interessenorientiert**

Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung

1. eine realistische, ausgewogene und bürgernahe Europapolitik betreibt, die Politik der Europäischen Union engagiert und konstruktiv begleitet und sich bei der Europäischen Union erfolgreich für niedersächsische Interessen einsetzt,
2. mit dem Europäischen Informationszentrum Niedersachsen (EIZ) eine bundesweit vorbildliche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Union betreibt,
3. mit ihrem Europapolitischen Konzept 2010 eine im Ländervergleich mustergültige Informationsbroschüre zu den Auswirkungen der Politik der Europäischen Union auf Niedersachsen und den europapolitischen Aktivitäten der Landesregierung herausgegeben hat.

Der Landtag bittet die Landesregierung, ihre erfolgreiche Europapolitik fortzuführen und den Dialog mit dem Landtag zu seinen Beteiligungsmöglichkeiten in EU-Angelegenheiten fortzusetzen.

Begründung

Zu 1:

Am Beispiel „Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise“ lässt sich gut belegen, dass die Landesregierung die Politik der Europäischen Union im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Kompetenzen aktiv und engagiert begleitet und wiederholt Entscheidungen mitgetragen hat, die Ausdruck gesamteuropäischer Solidarität waren.

Nach Ausbruch der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten im Dezember 2008 auf Vorschlag der Europäischen Kommission ein Europäisches Konjunkturprogramm im Umfang von rund 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union verabschiedet. Nach dem Monatsbericht des BMF aus dem April 2009 betragen die Leistungen der Mitgliedstaaten rund 3,3 % des EU-Bruttoinlandsprodukts oder mehr als 400 Mrd. Euro. Der Beitrag der EU-Ebene liegt bei insgesamt rund 30 Mrd. Euro. Die Gemeinschaftsebene, die Mitgliedstaaten und die Regionen haben das Europäische Konjunkturprogramm zügig umgesetzt. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung mit der Initiative Niedersachsen dafür

gesorgt, dass insgesamt 1,39 Mrd. Euro schnell, flexibel und unbürokratisch in Niedersachsen investiert werden konnten.

Am 2. Mai 2010 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe auf Vorschlag der Europäischen Kommission darauf verständigt, Griechenland im Rahmen eines dreijährigen Programms Finanzhilfen von bis zu 80 Mrd. Euro in Form von bilateralen Krediten zu gewähren. Am 7. Mai 2010 haben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe den 500 Mrd. Euro umfassenden „Euro-Rettungsschirm“ vereinbart. Damit kann die Europäische Union Mitgliedstaaten, die sich aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse einer gravierenden Verschlechterung ihrer Kreditkonditionen ausgesetzt sehen, finanziellen Beistand gewähren. Die Landesregierung hat am 7. Mai 2010 dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands und am 21. Mai 2010 dem Euro-Stabilisierungsmechanismus-Gesetz zur Einführung des „Euro-Rettungsschirms“ im Bundesrat zugestimmt.

Auch die Regulierung der Finanzmärkte in der Europäischen Union ist auf gutem Wege. Von der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hat das Europäische Parlament im Juli 2010 die weltweit härtesten Auflagen für Bonuszahlungen an Bankmanager beschlossen. Diese sollen ab 2011 nur noch 30 % - bei besonders hohen Boni sogar nur 20 % - des zuerkannten Prämienanspruchs umgehend ausgezahlt bekommen. Im September 2010 haben sich das Europäische Parlament und der Rat über Struktur und Kompetenzen einer Europäischen Finanzaufsicht verständigt. Damit kann die europäische Finanzaufsicht, die über Durchgriffsrechte gegenüber grenzüberschreitenden Kreditinstituten verfügen wird, zum 1. Januar 2011 ihre Tätigkeit aufnehmen. Im Rahmen des Ecofin-Rates am 7. September 2010 haben sich fast alle Mitgliedstaaten für eine europäische Bankenabgabe ohne Wettbewerbsverzerrungen und Doppelbelastungen für die Banken ausgesprochen. Die Europäische Kommission hat daraufhin für 2011 konkrete Legislativvorschläge angekündigt. Auch zum Thema Finanzmarktregulierung hat sich die Landesregierung wiederholt im Rahmen von Bundesratsbeschlüssen eingebracht. Weiterhin hält sie ständigen Kontakt zum niedersächsischen Mitglied im Ausschuss des Europäischen Parlaments für Wirtschaft und Währung.

Neben dieser Politik in gesamteuropäischem Interesse, die sich beispielsweise auch in der vorbehaltlosen Unterstützung des Vertrages von Lissabon manifestiert hat, vertritt die Landesregierung konsequent niedersächsische Interessen auf europäischer Ebene. Dies steht nicht im Widerspruch zur ihrer europafreundlichen Grundhaltung. Die Landesregierung hat nach dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit nicht nur die Europäische Union bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen (Artikel 4 Abs. 3 EUV), sondern ist auch dem Volk und dem Land Niedersachsen verpflichtet (Artikel 31 Niedersächsische Verfassung).

In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt. Die Landesregierung hat sich erfolgreich für das VW-Gesetz und damit für den Schutz der VW-Produktionsstandorte in Niedersachsen und in Deutschland eingesetzt. Sie hat Vorschläge für eine praktikablere Fassung der REACH-Verordnung unterbreitet, die in die Endfassung der Verordnung eingeflossen sind. Sie hat das Europäische Emissionshandelssystem aktiv mitgestaltet und erreicht, dass die energieintensive Industrie (beispielsweise Stahl, Aluminium und Chemie) kostenfreie Zertifikate zugeteilt bekommt. Die Landesregierung ist gemeinsam mit der Bundesregierung bestrebt, hierzu eine dauerhafte Lösung in Brüssel zu erreichen, damit weiterhin in Niedersachsen und Deutschland konkurrenzfähig produziert werden kann. Sie hat sich sehr frühzeitig für eine Revision der Entsenderichtlinie eingesetzt, um dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europaweit Geltung zu verschaffen. Sie hat erreicht, dass die EU-Kommission Beihilfen des Landes für die Realisierung des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven oder für die flächendeckende Breitbandversorgung in Niedersachsen genehmigt hat. Dank der aktiven Begleitung durch die Landesregierung in Brüssel haben vier Offshore-Projekte mit niedersächsischer Beteiligung Fördermittel in Höhe von rd. 200 Mio. Euro aus dem europäischen Konjunkturprogramm 2009 erhalten.

Die Aufzählung zeigt, dass die Landesregierung alle Politikbereiche der Europäischen Union abdeckt. Das Europapolitische Konzept der Niedersächsischen Landesregierung 2010 belegt, dass Ökologie, Ökonomie, Bildung und Soziales in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Dabei verfolgt die Landesregierung einen realistischen Ansatz. Sie ist sich der Tatsache bewusst, dass die Einflussmöglichkeiten einer - wenn auch starken - europäischen Region andere sind als die der an

den Rechtsetzungs- und Entscheidungsprozessen unmittelbar beteiligen EU-Organe und der Mitgliedstaaten.

Zu 2:

Mit dem Europäischen Informations-Zentrum (EIZ) Niedersachsen in der Staatskanzlei und den Europabüros in den Regierungsvertretungen bestehen in Niedersachsen Einrichtungen, die auf vielfältige Weise europäische Themen transportieren. Das EIZ leistet eine bundesweit vorbildliche Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Europäische Union. Sein Informationsangebot ist sehr gefragt. Seit seiner Gründung haben 14 125 Besucherinnen und Besucher das EIZ aufgesucht. In diesem Zeitraum gingen 14 361 schriftliche oder telefonische Anfragen beim EIZ ein. Auf die Internetseiten des EIZ wurde knapp 100 Mio. Mal zugegriffen.

Zu 3:

Das Europapolitische Konzept der Niedersächsischen Landesregierung 2010 stellt die einzelnen Politikbereiche der Europäischen Union in allgemein verständlicher Weise dar und zeigt auf, wie stark die Politik der Europäischen Union die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen mittlerweile betrifft. Bei Lektüre des Konzepts kann man genau erkennen, wo und bei wem sich die Entscheidungen der Europäischen Union in Niedersachsen auswirken. Darin liegt – auch im Vergleich zu den Konzepten anderer Bundesländer - eine besondere Stärke dieses Konzeptes.

Das Europapolitische Konzept der Niedersächsischen Landesregierung 2010 hebt sich aber auch dadurch von ähnlichen Papieren anderer Bundesländer ab, dass es niedersächsische Interessen schärfer formuliert und deutliche Aussagen zur Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen, der nationalen und der regionalen Ebene trifft. Es ist der Landesregierung nämlich ein besonderes euroapolitisches Anliegen, dem Subsidiaritätsgrundsatz und dem vom Bundesverfassungsgericht postulierten Grundsatz der Integrationsverantwortung entsprechend nationale und regionale Gestaltungsspielräume zu erhalten.

In einem Artikel der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 4. Dezember 2009 wird diese Haltung der Landesregierung unter dem Titel: „Das Land fährt die Ellenbogen aus“ sehr treffend beschrieben. In diesem Artikel wird aber auch festgestellt, dass „das Konzept der CDU/FDP-Koalition trotzdem ein proeuropäisches Papier ist, das ausdrücklich die Entwicklung der EU würdigt oder das Ineinandergreifen landespolitischer und europapolitischer Ziele, etwa in der Forschungspolitik, hervorhebt.“

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender